

H. Lecheler

Arbeitsmarkt und öffentlicher Dienst



Godesberger Taschenbuch-Verlag GmbH

Inhaltsübersicht

	Seite
Einleitung	9
A. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt	10
B. Entlastung des Arbeitsmarktes — eine Staatsaufgabe	17
I. Allgemeines	17
II. Der Arbeitsmarkt — privater Markt?	18
1. Kennzeichen des freien Marktes	18
2. Privater Arbeitsmarkt?	20
III. Verantwortung des Staates für den Arbeitsmarkt?	25
1. Was ist Staatsaufgabe?	26
2. Arbeitsmarktlenkung als Staatsaufgabe?	27
3. Staatsaufgabe Wirtschaftslenkung? — Die Kompetenzvorschriften des Grundgesetzes	28
a) Art. 74 Nr. 11 und 12 GG	28
b) Art. 109 Abs. 2 GG	31
c) Das Sozialstaatsgebot	33
d) Der Staat als Träger von Leistungen der Daseinsvorsorge	34
4. Staatsaufgabe Wirtschaftslenkung — Die grundrechtliche Freiheit	35
a) Art. 12 GG	35
b) Art. 11 GG	36
c) Art. 2 Abs. 1 GG	36
d) Art. 14 Abs. 1 GG	36
e) Ergebnis	36
5. Eignung des Staates zur Lenkung einer freien Wirtschaft?	38
a) Unsicherheit der Prognose und Fehlen eines Zielkatalogs	38
b) Das Ende des Mythos der „Machbarkeit“	39
c) Gefahr der grundsätzlichen Schädigung der Wirtschaft	40
d) Praktische Ergebnisse staatlicher Eingriffe	41
6. Die Lenkung des Arbeitsmarkts — Ausnahme von der verfassungsrechtlichen Regel für die Wirtschaftsverfassung?	41
a) Die verfassungsrechtliche Ordnung des Arbeitslebens	42
b) Europa- und völkerrechtliche Entwicklungen	43

c) Geeignetheit der Eingriffe?	45
aa) Finanzielle Hilfen	45
bb) Arbeitsbeschaffungsprogramme nach dem AFG	46
cc) Wirkungslosigkeit des Instrumentariums	46
d) Unklarheit über die Ursachen der Arbeitsmarktstörungen	46
aa) Lohnkosten	46
bb) Kosten für die soziale Sicherheit	47
cc) Nebenwirkungen sozialpolitischer Rahmenregelungen	48
dd) Unsicherheit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung	49
e) Fehlen einer Lösungsstrategie	49
aa) Mehr oder weniger Staat?	49
bb) Mehr oder weniger Wachstum?	51
cc) Politische Beschwichtigung — oder wirksame Problemlösung	51

C. Der öffentliche Dienst — taugliches Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarkts?

55

I. Die Verpflichtung des Staates zur sachgerechten Gestaltung seines Dienstrechts

55

II. Die Dienstrechtsverfassung des Grundgesetzes

57

1. Öffentlicher Dienst als Beamtendienst

57

2. Die Institutsgarantie des Art. 33 Abs. 4 und 5 GG

57

3. Beschäftigung von Angestellten

58

4. Das Regelungssystem der Verfassung

59

a) Autonomie staatlicher Personalpolitik

59

b) Gesetzestreue staatlicher Personalpolitik

60

c) Widerspruchsfreiheit staatlicher Personalpolitik

61

III. Die zahlenmäßige Bedeutung des öffentlichen Dienstes

62

D. Mögliche Beiträge des öffentlichen Dienstes zur Entspannung des Arbeitsmarkts

65

I. Die finanzielle Beteiligung des öffentlichen Dienstes

65

1. Allgemeines

65

2. Arbeitsmarktabgabe

65

3. Einbeziehung in das System des Arbeitsförderungsgesetzes

67

a) Fehlendes Arbeitsplatzrisiko

67

b) Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip

67

c) Unvereinbarkeit mit Art. 33 Abs. 5 GG

67

	Seite
II. Verstärkte Einstellungen im öffentlichen Dienst	68
1. Allgemeines	68
2. Rechtliche Grenzen einer erheblichen Personalausweitung	68
a) Problematik der Beschäftigung von „ABM-Bediensteten“	68
b) Art. 33 Abs. 4 GG als Grenze für eine beliebige Erhöhung des Angestelltenanteils	69
c) Unzulässigkeit der Zurückdrängung des Beamtenverhältnisses auf Probe	70
3. Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umverteilung der Arbeit im öffentlichen Dienst?	70
a) Bei gleichbleibender Arbeitszeit	71
b) Bei Arbeitszeitverkürzung	72
c) Andere Maßnahmen	74
aa) Senkung der Ruhestandsgrenze	74
bb) Verschärfung des Nebentätigkeitsrechts	75
cc) Abbau von Mehrarbeit	77
4. Die Finanzierung der zusätzlichen Arbeitsplätze	78
a) Der erforderliche Aufwand	78
b) Finanzierung durch Einsparungen?	79
c) Steigerung des Personalkostenaufwandes?	79
E. Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst?	80
I. Die Lage	80
1. Bisherige Regelungen	80
2. Zweck der Teilzeitregelungen	80
II. Reformvorschläge	81
1. Gesetzentwurf des Bundesrates	81
2. Vorschlag der Bundesregierung	82
3. Die „Formulierungshilfe“ des BMI	83
4. Das „Mainzer Modell“	83
III. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	84
1. Kindergeldbeschluß vom 30. 3. 1977	84
2. Stellungnahme	84
IV. Die Zulässigkeit der Teilzeit-Beamten	85
1. Vereinbarkeit des Teilzeit-Beamten mit Art. 33 Abs. 5 GG?	86
a) Bisherige Stellungnahmen	86

b) Die neue Konzeption des „Teilzeit-Beamten“ als Verstoß gegen Art. 33 GG	86
aa) Dienstverhältnis zur freien Wahl	86
bb) Halbierung von Beamtenrechten und -pflichten	87
c) „Unzeitgemäße“ Auslegung des Art. 33 Abs. 5 GG	88
d) Der Teilzeit-Beamte auf Zeit mit Lebenszeitanstellung	88
aa) Erhöhte Gefahr von Interessenkollisionen — Erschwerte Überwachung	89
bb) Aushöhlung der Institutsgarantie des Art. 33 Abs. 4 und 5 GG	89
2. Weitere Verstöße gegen das Verfassungsrecht	90
a) Der Verzicht auf entgeltliche Nebentätigkeit	90
aa) Verstoß gegen das Übermaßverbot	90
bb) Mangelnde Bestimmtheit der Vorschriften	91
cc) Verstoß gegen den Gleichheitssatz	91
3. Rechtfertigungsversuche für die Teilzeitbeschäftigung	91
a) Für das geltende Recht: Schutz der Familie	91
b) Für die Reformvorschläge: „Notstandsrecht“	92

Zusammenfassung der wesentlichsten Ergebnisse der Untersuchung

94

Ausgewählte Literatur

101